

Franz Breid

Praxis gesellschaftspolitischer Diakonie in einem Landdekanat

Der folgende Bericht beschreibt die Arbeit der ersten auf vereinsrechtlicher Basis gegründeten österreichischen Bürgerinitiative, die von Mitarbeitern der Katholischen Jugend Land und Seelsorgern eines reinen Landgebietes (mit der besonderen Problematik zahlreicher Bergbauern und eines Grenzlandes und mit zahlreichen Pendlern) ins Leben gerufen wurde und in den vergangenen 10 Jahren eine Reihe von strukturverbessernden Maßnahmen erreicht hat. Der Bericht behandelt Werden, Tätigkeit und Zielvorstellungen der „Aktionsgemeinschaft Oberes Mühlviertel“ (AKOM). Dieses Beispiel einer Gesellschaftsdiakonie kann ermutigen, daß sich Seelsorger und kirchlich engagierte Laien unter relativ ungünstigen äußeren Bedingungen, gemeinsam mit anderen Gruppen, um eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen auf dem Land bemühen. red

Ein benachteiligtes „Grenz- und Berggebiet“

Das „Obere Mühlviertel“ ist der nordwestliche Teil des Bundeslandes Oberösterreich (politischer Bezirk Rohrbach). Kirchlich gehören dazu die beiden Dekanate Sarleinsbach und Altenfelden sowie Teile des Dekanats St. Johann. Es ist reines Landgebiet, in dem es keine einzige Stadt gibt; der Markt Rohrbach gehört zu den schlechtest ausgestatteten Bezirksorten Österreichs. Die Agrarquote ist überdurchschnittlich hoch, obwohl die Voraussetzungen für die Landwirtschaft auf Grund des rauen Klimas eher ungünstig sind (niedriges Jahrestemperaturmittel, lange Schneebedeckung etc.) und auch die teils extreme Hanglage die landwirtschaftliche Arbeit erschwert (Bergbauern). Da andere Arbeitsmöglichkeiten weithin fehlen, pendeln aus dem Bezirk derzeit ca 9000 Menschen aus, vorwiegend in den Linzer Zentralraum, zum Teil auch in das nahegelegene bayrische Grenzgebiet.

Der Bezirk ist zudem durch seine Randlage gekennzeichnet: seine Nordgrenze bildet die „tote Grenze“ zur Tschechoslowakei, im Süden bildet die Donau eine derzeit noch sehr spürbare Barriere, im Westen existiert die Grenze nach Bayern. Die einzige wirklich offene Seite des Bezirkes ist so nach Osten in den Linzer Zentralraum hin, der nicht nur als übergeordnetes Zentrum für den Bezirk fungiert, sondern auch eine Reihe von Funktionen übernimmt, die an sich innerhalb des Bezirkes geleistet werden sollten.

Die Benachteiligung dieses „Grenzgebietes“ und „Berggebietes“ zeigte sich am unmittelbarsten im wirtschaftlichen Bereich, trat aber auch in anderen Bereichen, wie dem Sozialbereich, dem Bildungswesen, dem Freizeitsektor u. a. in Erscheinung.

Vom Unbehagen zur Bürgerinitiative

Diese Situation ließ ein (zunächst eher latentes und diffuses) Unbehagen entstehen, das insbesondere in der Katholischen Jugend Land immer stärker wurde. Wir haben daher in Heimstunden und in größeren Veranstaltungen über diese Probleme gesprochen und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Die anfängliche Resignation — da kann man ohnehin nichts ändern — wich bald einem immer stärker werdenden Druck: „Da muß etwas geändert werden!“ Es bildete sich ein Kreis, dem die Struktur- und Sozialprobleme des Oberen Mühlviertels ein besonderes Anliegen waren, und dieser Kreis suchte Kontakt mit anderen aufgeschlossenen Menschen des Bezirkes. Schließlich wurde im Jahre 1968 die „Aktionsgemeinschaft Oberes Mühlviertel“ (AKOM) gegründet, die erste Österreichische Bürgerinitiative auf vereinsrechtlicher Basis, deren Tätigkeit im Mittelfeld zwischen Bürgerinitiative, Gemeinwesenarbeit und sozialpolitisch-diakonischer Tätigkeit angesiedelt ist. Neben Landwirten beteiligten sich besonders auch Akademiker an der AKOM, weniger hingegen Arbeiter. Obwohl die AKOM offen war für alle politischen Gruppierungen, waren die politischen Parteien anfangs skeptisch, da sie fürchteten, die Gruppe könnte dem poli-

tischen Gegner in die Hand arbeiten. Manche Unternehmer hatten die Sorge, eine erfolgreiche Kampagne im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffungsfrage könnte ihnen lästige Konkurrenten bringen, die die im Bezirk unterdurchschnittlich billigen Arbeitskräfte verteuern könnten.

Das Unbehagen hatte sich vor allem an der Situation der Jugend entzündet. Viele Jugendliche fanden nach dem Schulabschluß im näheren Bereich keinen Lehr- und Arbeitsplatz oder fanden zwar noch eine Lehrstelle, wurden aber nach Abschluß der Lehre nicht mehr behalten und mußten im Linzer Zentralraum Arbeit suchen, wo sie häufig ihren erlernten Beruf nicht mehr ausübten, sondern in das große Feld der angelernten Arbeiter eingegliedert wurden. Viele dieser Jugendlichen wanderten später definitiv ab; der Wanderungsverlust konnte in früheren Jahren durch den hohen Geburtenüberschuß im Bezirk ausgeglichen werden, seit dem Rückgang der Geburten auch auf dem Land gibt es einen passiven Bevölkerungssaldo.

Die ersten Aktivitäten der AKOM galten daher zunächst der Frage der Arbeitsplätze. Um die Investitionsbestrebungen der öffentlichen Hand und privater Unternehmer im Oberen Mühlviertel zu intensivieren, mußte in der Bevölkerung ein entsprechendes Bewußtsein geweckt werden. So begann die AKOM ihre Tätigkeit mit umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Kontakte zu den Massenmedien u. a.) über die Probleme des Oberen Mühlviertels. Vor allem konkrete Aktionen fanden in der Presse nachhaltige Unterstützung. Aufgrund dieser Aktivitäten wurde von der Planungsabteilung des Landes eine Regionalstudie für einen Teilbereich des Oberen Mühlviertels ausgearbeitet.

Das Anliegen der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Bezirk verzeichnete zunächst nur mäßige Erfolge und blieb eines der Hauptprobleme, wobei die Lösung auf Grund der Änderung der konjunkturellen Großlage eher schwieriger geworden ist, während auf der anderen Seite allmählich doch auch ein gewisses Verständnis für dezentrale Strukturen zu wachsen scheint.

Innerhalb der AKOM wuchs die Erkenntnis, daß dieses Problem nur gelöst werden könnte, wenn wesentliche Mängel im Bereich der strukturellen und infrastrukturellen Ausstattung des Bezirkes gelöst würden, insbesondere der Ausbau des Straßennetzes, eine Donaubrücke im Bezirksbereich und ein Hauptzollamt.

Aktivitäten zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen

Als ein Beispiel für die Bemühungen der AKOM um die Verbesserungen von Strukturproblemen sollen zunächst die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 127 (Rohrbacher Bundesstraße) geschildert werden. Die B 127, die den Bezirk mit dem Linzer Zentralraum verbindet, befand sich insgesamt in einem sehr schlechten Ausbauzustand und war darum jedem Oberen Mühlviertler ein Anliegen, da sie jeder benutzte und da es (wegen z. T. niveaugleicher Führung von Straße und Schiene) immer wieder zu schweren Unfällen kam. Zur Vorbereitung einer großen Unterschriftenaktion wurden die Bezirksbewohner durch Zeitungsartikel, eine Plakat- und Flugblattaktion informiert. In jedem Ort wurde ein Verantwortlicher berufen, der die Unterschriftenaktion in seinem Gemeindebereich organisierte. Von allen Kanzeln im Bezirksbereich wurde ein Verkündtext verlesen, der kurz über die Bedeutung der B 127 für den Bezirk informierte und der die Leute ausdrücklich zur Unterschriftenleistung aufforderte. So erzielte die Unterschriftenaktion schließlich die höchste prozentuelle Beteiligung, die jemals in Österreich erreicht werden konnte — so weit dies vergleichbare Aktionen betrifft: im Bezirk selbst hatten über 27.000 Erwachsene (und Jugendliche über 16) ihre Unterschrift für den Ausbau der B 127 geleistet. Eine Delegation der AKOM, begleitet von Bezirkspolitikern beider großen Parteien, überreichte die Unterschriften dem zuständigen Bautenminister. Einige wesentliche Teilstücke der Straße wurden daraufhin zügig und rasch ausgebaut; allerdings ist in den letzten Jahren dieses Ausbauprogramm wieder ins Stocken ge-

raten. — Eine Großveranstaltung mit dem zuständigen Baureferenten der Landesregierung führte zu einem verstärkten Engagement des Landes für den Ausbau dieser Straße.

Besserer Gesundheitsschutz durch ein eigenes Krankenhaus

Der Bezirk Rohrbach gehört im Hinblick auf die medizinische Versorgung heute noch zu den schlechtest versorgten Bezirken Österreichs, vor allem fehlen fast alle Fachärzte. Der Bezirk besaß auch kein eigenes Spital, die Entfernung zu den nächsten Spitälern nach Linz beträgt zum Teil über 70 km, was im Winter unter Umständen Fahrzeiten von zwei Stunden mit dem Rettungsfahrzeug und damit in dringenden Fällen den Tod bedeutete. Im Zusammenhang mit dem Landeskrankenanstaltenplan für Österreich kam es nun zu einem Kampf um ein eigenes Spital für Rohrbach. Durch die AKOM wurden alle möglichen Gremien des Bezirkes zu Stellungnahmen u. ä. motiviert — von den Ärzten bis zur Bürgermeisterkonferenz, von den Pendlern bis zu den Kreisen der Katholischen Aktion —, bis schließlich der dafür zuständige Landessanitätsrat seine erste Entscheidung revidierte und sich für die Errichtung eines Regionalkrankenhauses in Rohrbach aussprach. (Dieses Regionalkrankenhaus ist jetzt im Bau und soll 1981 seinen Betrieb aufnehmen.)

Den größeren Aktivitäten standen eine Reihe kleinerer Unternehmungen zur Seite, die Detailbereiche der Benachteiligung des Gebietes zu beseitigen versuchten. Immer wieder war es aber ein wesentliches Anliegen, die Betroffenen selbst zu aktivieren und nicht „für“ die Bevölkerung des Gebietes von außen her etwas zu unternehmen. Deshalb gab es jährlich wenigstens einmal eine Großveranstaltung mit immer sehr offen geführten Diskussionen, bei denen die Beteiligung immer äußerst rege war, deshalb auch die laufende Information der Bevölkerung über die Tätigkeit der AKOM im Wege der Presse und durch in den meisten Gemeinden des Bezirkes abgehaltene Informationsveranstaltungen.

Der Klerus der betroffenen Dekanate stand der Tätigkeit der AKOM großteils wohlwollend gegenüber. Dies hatte sich schon bei der Mitarbeit der Pfarren bei der Unterschriftenaktion zum Ausbau der B 127 gezeigt und kam noch stärker zum Ausdruck in einem gemeinsamen „Sozialschreiben“ der beiden Dekanate Sarleinsbach und Altenfelden, das gemeinsam von Vertretern des Klerus dieser Dekanate und der AKOM verfaßt wurde und als eine Art „Hirtenbrief“ der Dekanate an einem Sonntag statt der Predigt von allen Kanzeln der beiden Dekanate verlesen wurde. Die Pfarrer hatten sich zuvor selbst mit der Materie auseinandergesetzt und billigten das soziale Engagement der in der AKOM mitarbeitenden Priester, Pfarrgemeinderäte und Vertreter der Katholischen Landjugend.

Die Mitglieder der AKOM (insbesondere des Kernkreises) haben selbst von ihrer Tätigkeit sehr viel profitiert; ihre Sicht der Sozialprobleme, die Einsicht in Wirtschaftszusammenhänge und ein umfangreicheres Verstehen der Gesamtproblematik des ländlichen Raumes sind Früchte ihrer Tätigkeit. Einige Mitglieder sind inzwischen Bürgermeister ihrer Gemeinden, andere haben sich bei anderen Bewegungen (z. B. Österreichische Bergbauernvereinigung etc.) intensiv engagiert. Wir haben zudem bemerkt, daß eine Reihe wesentlicher Probleme nur in größerem, überregionalem Rahmen lösbar ist. So versucht die AKOM derzeit, Kontakt mit anderen Gruppen aufzunehmen, um gemeinsam an der Lösung von Problemen der benachteiligten ländlichen Regionen zu arbeiten.

Begründung für dieses Engagement

Mit welchem Recht engagieren sich überhaupt z. B. Priester im Bereich so „säkularer“ Probleme, wie den Fragen der Struktur einer Region, des Arbeitsmarktes usw.? Aus den verschiedenen Begründungen seien ein soziologischer und ein theologischer Grund angeführt.

1. Wie die vom Autor im Dekanat Sarleinsbach durchgeführte Untersuchung gezeigt hat (s. S. 101), besteht ein enger Zu-

sammenhang zwischen „Lebensraum“ und „Lebenswissen“ (im Sinne von P. M. Zulehner): die Einstellung eines Menschen wird wesentlich von seiner Umgebung mitbestimmt. Wer z. B. auf Grund räumlicher Arbeitsmobilität (Pendeln) nun in einen anderen „Lebensraum“ hineinkommt, damit seine Bezugspersonen wechselt, wird damit auch in seiner Einstellung betroffen. Es kommt häufig zu einem Gegensatz zwischen seinem bisherigen kirchlich orientierten Lebenswissen und dem dort dominanten säkularen Lebenswissen — und dieser Gegensatz wird meistens durch Anpassung an das säkulare System gelöst. Das heißt, die Kirchlichkeit (und damit in fast allen Fällen auch die Religiosität) beginnt abzusinken, und der Pendler entfremdet sich unter normalen Umständen zunehmend von der Kirche. Will die Kirche den ländlichen Raum „halten“, so ist ein entscheidender Schritt dazu eine Stärkung der Regionen des ländlichen Raumes und eine Festigung von deren relativer Autonomie.

2. Wie die Propheten des Alten Testaments vorwiegend soziale Mißstände gegeißelt haben (Amos, Jeremia, Jesaja etc.), so hat die Kirche diesen kritischen Auftrag weiterzuführen. Und wie Jesu Dienst den Menschen in all seinen Bereichen frei gemacht hat, so ist auch der Auftrag der Kirche Diakonie im umfassenden Sinn: Die gesamte christliche Gemeinde hat den Auftrag, das Handeln Jesu weiterzuführen¹. So sehr Bekehrung und Glaube des einzelnen Menschen entscheidend sind, so sehr bedarf es auch der Schaffung menschenwürdiger Strukturen als Voraussetzung für das Anbrechen der Herrschaft Gottes. Gesellschaftspolitische Diakonie ist deshalb mit Wesensaufgabe der Kirche.

Abschließende Folgerungen

Auf Grund ihres gesellschaftspolitischen Auftrages sollte sich die Kirche stärker um die Gesamtprobleme der Menschen des ländlichen Raumes, vor allem in benachteiligten Problemgebieten, kümmern. Der

¹ Walter Dennig — Hannes Kramer, Gemeinwesenarbeiter in christlichen Gemeinden. Berichte — Analysen — Folgerungen, Freiburg i. Br. — Gelnhausen 1974, 170.

Weg über Gründung von Bürgerinitiativen, bei denen kirchliche Kreise besonders engagiert sind und die sich der allgemeinen Methoden der Gemeinwesenarbeit² bedienen, scheint empfehlenswert zu sein. Er hilft nicht nur zur Lösung der Sachprobleme, er wirkt auch befreiend im Bewußtseinsbereich und gewinnt der Kirche neue Sympathien.

Eine Reihe von Problemen des ländlichen Raumes sind von so allgemeiner Bedeutung, daß sie die Kirche im größeren Rahmen aufgreifen sollte. Einige dieser Probleme seien abschließend angesprochen: die ständige Akkumulation von Wirtschaftsmacht, Geld, Medienmacht, geistiger Potenz in der Stadt; eine funktionale Sicht, die den ländlichen Raum lediglich aus dem Blickwinkel der Stadt betrachtet und den ländlichen Raum stets in den Dienst der Stadt stellt (z. B. als Erhalter der Erholungslandschaft, als Lieferant von Konsumenten und Arbeitskräften etc.); die für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum (bei österreichischen Verhältnissen!) allmählich tödlich werdende Benachteiligung durch den für sie äußerst ungünstigen Finanzausgleich (abgestufter Bevölkerungsschlüssel); die die Substanz des ländlichen Raumes angreifende Abwanderung; die Betonung der ausschließlichen „individuellen Chancengleichheit“ für die Bevölke-

² Wenn man Gemeinwesenarbeit definiert als „eine Methode, mittels derer Gruppen von Menschen sich über die sie interessierenden Probleme eine Meinung bilden können, sich dann mit anderen Meinungen auseinandersetzen müssen, um eine angemessene Lösung zu finden, und schließlich diese in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen zu verwirklichen suchen“, so trifft dies einigermaßen das Selbstverständnis der AKOM. Auch die gewählten Methoden sind im Bereich der Gemeinwesenarbeit generell zu finden. Vgl. *Ulo Luuka*, Gemeinwesenarbeit. Ein Weg zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte, Freiburg i. Br. 1971, hier S. 15. Einen ausführlichen Überblick über Techniken (und Problemerkatalog) bieten *Alf Seppel*, Handbuch aktivierender Gemeinwesenarbeit, Bd 1: Bedingungen, Konzepte, Strategien, Methoden, Freiburg i. Br. — Gelnhausen — Stein b. Nürnberg 1976, bes. S. 200 f; *Sigurd Agricola*, Gemeinwesenarbeit in ländlichen Gebieten, in: Rundbrief. Verband deutscher Nachbarschaftshilfe e. V., Jg. 5 (1969) Nr. 1, 10—15; *Jo Boer*, Gemeinwesenarbeit. Community Organisation. Opbouwerk. Einführung in Theorie und Praxis, übersetzt und bearbeitet von *Kurt Utermann*, Stuttgart 1970, 114 f; *G. Murray Ross — B. W. Lappin*, Gemeinwesenarbeit Theorie, Prinzipien, Praxis, . . . ²1971, 54 f; *Annedore Schultz* (Hrsg.), Soziale Gemeinwesenarbeit. Arbeitshilfen für die Praxis, Freiburg i. Br. 1972.

rung des ländlichen Raumes, die aber ohne „regionale Chancengleichheit“ utopisch ist; die Arbeitsüberlastung eines großen Teiles der Bevölkerung des ländlichen Raumes (speziell der Bäuerinnen, der Bergbauern und der Nebenerwerbslandwirte); die Benachteiligungen im Bereich der Versorgung, die häufig nur mittels unzumutbarer Eigenleistung (z. B. im Bereich des Wegebaues, der Telefonanschlüsse etc.) möglich ist; mangelhafte politische Vertretung des ländlichen Raumes.

Insgesamt scheint die Gesamtentwicklung dem ländlichen Raum eher wieder freundlicher gesonnen zu werden (Entdeckung des „Bio“-Bereiches im biologischen Landbau usw.; Entdeckung der Bedeutung kleinerer regionaler Einheiten usw.), sodaß ein diesbezügliches kirchliches Engagement verstärkt auf Verständnis hoffen könnte.

Gewiß wird die Zukunft der Kirche ebenso von der Entwicklung des ländlichen Raumes abhängen, wie die Entwicklung des ländlichen Raumes vom Einsatz der Kirche mitabhängen wird. Gesellschaftspolitische Diakonie ist heute gerade im ländlichen Raum notwendig.

Anton Rohmoser

Arbeitseinsatz bei Bergbauern

Ein Sommerlager der KJLÖ

Im folgenden wird berichtet, wie junge Menschen die Lebenswelt und die Probleme von Bergbauern kennengelernt und mit ihrer Arbeit und ihren Gesprächen den Bauern einen wertvollen Dienst geleistet haben. Einige allgemeine Hinweise auf die Lage der Bergbauern in Österreich beschließen den Beitrag.

1. Zielsetzung

Die Katholische Jugend Land Österreichs (KJLÖ) entwickelte eine besondere Art von

Jugendlager, nämlich mit folgender, dreifacher Zielsetzung:

- Junge Menschen lernen die Realität des Lebens von (Berg)-Bauern kennen;
- den Bauern wird konkrete Hilfe zuteil;
- durch viele Gespräche und Veranstaltungen werden Impulse gesetzt, daß die betroffenen Bauern ihre Situation reflektieren.

Bisher wurde das Lager dreimal durchgeführt; und da es sich bewährt hat, ist auch für 1979 wieder eines geplant.

Den Anstoß dazu gab der Ökumenische Jugenddienst, der bei den ersten beiden Lagern Mitveranstalter war. Dabei war ein weiteres Ziel die Begegnung und der Austausch junger Menschen aus verschiedenen Ländern und von verschiedenen christlichen Konfessionen. Bei einer so vielfältigen Zielsetzung und den Sprachschwierigkeiten kam allerdings die Reflexion über die Situation der Bauern zu kurz; deshalb wurde das letzte Lager von der KJLÖ allein veranstaltet.

Die Dauer des Lagers betrug bisher entweder 10 oder 14 Tage.

2. Durchführung

a) Vorarbeiten

Die Lager finden in benachteiligten Gebieten statt, wo ein Arbeitseinsatz, also eine konkrete Mithilfe bei der Arbeit, sinnvoll ist. Damit es möglich ist, bei Bauern mitarbeiten zu können, ist es vorteilhaft, wenn Vertrauenspersonen vom Ort (wie Pfarrer, Jugendführer, Bauernvertreter ...) beim Finden von geeigneten Bauernhöfen helfen. Das heißt, daß sie gemeinsam mit den Veranstaltern die Bauern besuchen und mit ihnen über Sinn und Zweck des Lagers reden. Ansonsten würden unbekannte Jugendliche kaum Aufnahme finden.

b) Ablauf

Um einen Einblick in den Ablauf des Lagers zu gewinnen, wird zunächst ein Tagesablauf geschildert: „Wir standen um 6 Uhr früh auf, frühstückten und fuhren um 7 Uhr mit unseren PKW's zu den Bauern. Meist zu zweit arbeiteten wir den Vormit-